



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/2018/650	Status: öffentlich
Federführend: FB 4 Soziales, Arbeit und Gesundheit	Datum: 27.09.2018	Ansprechpartner/in: Dr. Fahlbusch, Jonathan
	Bearbeiter/in: Schliszio, Katrin	
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Erstellung eines Aktionsplanes des Kreises Rendsburg-Eckernförde unter Berücksichtigung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Sozial- und Gesundheitsausschuss	Entscheidung
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Für die Erstellung eines Aktionsplans des Kreises empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Kreistag der Arbeitsgruppe Aktionsplan unter Berücksichtigung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein finanzielle Mittel in Höhe von 30.000,-- Euro für die Moderation und Verschriftlichung der Ergebnisse, Durchführung von Veranstaltungen und für Publikationen zur Verfügung zu stellen.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

2. Sachverhalt:

Die vom Kreistag am 18.6.2018 eingerichtete Arbeitsgruppe zur Klärung von Handlungsfeldern unter Berücksichtigung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein und der verabschiedeten Handlungsfelder

Handlungsfeld Nr. 1	Bewusstseinsbildung
Handlungsfeld Nr. 2	Bildung
Handlungsfeld Nr. 3	Arbeit und Beschäftigung
Handlungsfeld Nr. 4	Unabhängige Lebensführung, Bauen und Wohnen
Handlungsfeld Nr. 5	Kultur, Sport und Freizeit
Handlungsfeld Nr. 6	Gesundheit und Pflege
Handlungsfeld Nr. 7	Schutz der Persönlichkeitsrechte

Handlungsfeld Nr. 8	Partizipation und Interessenvertretung
Handlungsfeld Nr. 9	Mobilität und Barrierefreiheit
Handlungsfeld Nr. 10	Barrierefreie Kommunikation und Information

hat unter Leitung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie Beteiligung aller im Kreistag vertretenden Parteien und zwei Vertretern aus der Kreisverwaltung ihre Arbeit aufgenommen. Auftrag ist die Klärung von Handlungsfeldern unter Berücksichtigung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein mit dem Ziel der Erstellung eines Aktionsplans des Kreises Rendsburg-Eckernförde.

Für die Schaffung einer verlässlichen Protokollführung und Verschriftlichung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe sowie die Durchführung von Veranstaltungen und für Publikationen benötigt die Arbeitsgruppe finanzielle Mittel in Höhe von 30.000,-- Euro.

Finanzielle Auswirkungen: 30.000,-- Euro

Anlage/n: keine